

Liste Linker Aktiver & AKJ Köln

- für die engere Fakultät ReWi.

Für eine **JURISTISCHE FAKULTÄT**, die kritisch denkt statt blind subsumiert, solidarisch statt elitär agiert und Bildung als Befreiung versteht – nicht als Anpassung an den Markt.

Mentale Gesundheit im Jurastudium: Mut zur Reform statt Resignation

Das Jurastudium ist in eine **kapitalistische Verwertungslogik** eingebettet, die Studierende als Humankapital zur schnellen Arbeitsmarktintegration formt. Examenzentrierung sowie finanzielle und zeitliche Zwänge verursachen weit verbreitete **psychische Belastungen** — psychologische Beratung reicht nicht; wir fordern **strukturelle Reformen**, die Druck dauerhaft senken und mentale Gesundheit sichern. Dabei unter anderem:

- **Freiversuch** trotz Überschreitung der Regelstudienzeit – mentale Gesundheit darf kein Karrierekiller sein
- Stärkung des **BAföG** und finanzielle Absicherung während des Referendariats
- **Einrichtung eines psychosozialen Rats** an der Fakultät, der Belastungen systematisch erfasst und Verbesserungen anstößt

System Change statt Symptombekämpfung

Wir streben **tiefgreifende Veränderungen** statt kurzfristiger Lösungen an. Dafür wollen wir **innerhalb der Fakultät einen Diskurs** initiieren und ein **Bewusstsein für strukturelle Missstände** schaffen. So können Reformideen **von der Basis aus** angestoßen, diskutiert und gefestigt werden. Langfristig sollen diese Ansätze auf Landes-/ Bundesebene getragen und **rechtlich verankert** werden.

Eine Fakultät mit Haltung - Verantwortung für Gaza übernehmen

Im Studium lernen wir Grundrechte als Fundament unseres Rechtssystems. Menschenrechte sind universell – und ihre Verteidigung darf nicht selektiv sein. Wissenschaft trägt dabei eine besondere Verantwortung.

Die Fakultät hat bislang keine Stellung zum fortdauernden Genozid in Gaza bezogen. Wir fordern, dass sich die Fakultät deutlich gegen Menschenrechtsverletzungen positioniert und ihrer ethischen wie gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird.

Bessere Bedingungen für Studierende erkämpfen

Die **Kürzungen** gefährden unsere Ausbildung: ab dem dritten Semester entfallen AGs, und die Stundenanzahl mancher Vorlesungen wurde bei gleicher Stoffmenge halbiert. Das ist unhaltbar.

- Wir fordern diese **Lernangebote** zurück
- **Transparente und gerechte Bewertung statt Willkür**: Offenlegung von Bewertungskriterien bei Hausarbeiten und Klausuren
- Mehr Feedback statt reiner Notenorientierung - **Stärkung einer echten Lernkultur**
- **Bessere Bezahlung der Korrektor*innen** für sorgfältige Bewertungen
- **Paritätisch besetzte Prüfungsausschüsse** zur Vermeidung geschlechtsspezifischer Benachteiligung

Keine Erziehung zur Subsumtionsmaschine – für einen progressiven Lehrplan

Recht ist kein neutrales Regelwerk, sondern ein **gesellschaftliches Machtinstrument**. Es spiegelt bestehende Herrschaftsverhältnisse wider und kann sie zugleich verändern. Wir fordern, dass sich das Studium mit den **gesellschaftlichen Auswirkungen** von Recht auseinandersetzt – denn Recht ist **nicht gottgegeben**.

- **Thematisierung von Diskriminierung** wie Rassismus, Sexismus und Klassismus durch das Rechtssystem
- Eine **feministische Lehrplangestaltung**: insb. eine Auseinandersetzung mit Gewalt gegen FLINTA*s im Strafrecht
- Ausbau und institutionelle Einbindung der **Law Clinics** - praxisnah, solidarisch, gesellschaftsorientiert
- **Bewahrung der Zivilklausel**: Rechtswissenschaft muss dem Frieden und gesellschaftlichen Wohlergehen dienen, nicht militärischen Interessen
- **Kooperationen mit Gewerkschaften, NGOs und Menschenrechtsorganisationen** statt einseitiger Orientierung an wirtschaftlichen Interessenvertreter*innen

Du möchtest mitgestalten?

Komm gerne zu unserem **Plenum, Di. 18 Uhr** und bring deine Ideen ein.

Instagram: akj_koeln